

MIGRATION UND FLUCHT DURCH KLIMAWANDEL



OXFAM
Deutschland

WIE DER KLIMAWANDEL
MENSCHEN ZUR AUFGABE
IHRER HEIMAT ZWINGT

WWW.OXFAM.DE



MIGRATION UND FLUCHT DURCH KLIMAWANDEL



© Tessa Bunney / Oxfam

„Manchmal dringt das Wasser bis in mein Haus.“

Die Kleinbäuerin Hien Thi Tran lebt mit ihrer Familie in einem Küstendorf im Mekong Delta von Vietnam. Einst führten sie dort ein gutes Leben, berichtet sie. Doch seit Jahren überschwemmt das Meer immer häufiger ihre Felder und macht den Anbau von Reis und Gemüse inzwischen unmöglich. Sie würde gern wegziehen, sagt sie, aber sie wissen nicht wohin.

Der Klimawandel und seine Folgen bedrohen schon heute Millionen Menschen weltweit. Wissenschaftler/innen warnen seit Jahren davor, dass ein ungebremster Klimawandel die Welt ins Chaos führen wird. Hauptursache dafür ist der maßlose Verbrauch der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas. Bei ihrer Verbrennung entsteht Kohlendioxid (CO₂), das als Treibhausgas die Atmosphäre aufheizt. Hinzu kommen die weltweite Zerstörung gewaltiger Waldgebiete und die industrielle Landwirtschaft, die ebenfalls große Mengen an Treibhausgasen freisetzen. Seit Beginn der Industrialisierung ist die globale Durchschnittstemperatur bereits um etwa 1° Celsius angestiegen, und trotz dem Pariser Abkommen gegen den Klimawandel und den Klimaschutz-Selbstverpflichtungen der Länder droht der Welt eine Erwärmung um rund 3° Celsius. Das wird Wissenschaftler/innen zufolge zu mehr Dürren, kürzeren Regenzeiten mit mehr Starkregen, häufigeren Überschwemmungen, heftigeren Tropenstürmen und einem Anstieg des Meeresspiegels führen. Vor diesem Hintergrund warnt der UN-Wissenschaftsrat zum Klimawandel in seinem jüngsten Sachstandsbericht eindringlich: Je stärker sich das Klima erwärmt, desto höher ist das Risiko, dass die Folgen einschneidend, allumfassend und unumkehrbar sein werden (IPCC 2014).

Besonders betroffen sind davon die Menschen in den Entwicklungsländern, die sich oft wegen der verbreiteten Armut kaum oder gar nicht vor den Folgen des Klimawandels schützen können. Sowohl die schleichenden Veränderungen als auch plötzliche Unwetterkatastrophen gefährden Leben und Lebensgrundlagen der Menschen. Beim Versuch, sich an die klimatischen Veränderungen anzupassen, stoßen die Menschen an die Grenzen des Machbaren. Zum Beispiel, weil das Land, auf dem sie leben, nach und nach im Meer versinkt, wiederkehrende Stürme das mühsam Aufgebaute immer wieder zerstören oder die Felder wegen zunehmender Trockenheit keine Erträge mehr bringen. Im Extremfall bleibt den Menschen nichts anderes übrig, als ihre Heimat zu verlassen. Sie tun dies entweder fluchtartig, um sich vor einer plötzlich hereinbrechenden Katastrophe in Sicherheit zu bringen, oder die schleichenden Veränderungen erodieren nach und nach die Lebensgrundlagen, was zu einer allmählichen Abwanderung der Menschen führt. Der Klimawandel ist dabei in der Regel nicht der einzige Grund, sondern verschärft die ohnehin prekäre Situation der Menschen.

WAS TREIBT MENSCHEN ZU MIGRATION UND FLUCHT?

Es gibt viele Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. In häufigen Fällen ist dies keine freiwillige Entscheidung, sondern das letzte Mittel, um etwa politischer Verfolgung zu entgehen und das nackte Überleben zu sichern, aber auch um ein Leben in Würde führen zu können mit der Perspektive, der extremen Armut zu entkommen. Oft haben die Menschen dabei mit einem komplexen Bündel von Problemen wie Armut und Ungerechtigkeit, politischer Marginalisierung, Unterdrückung oder Konflikten zu kämpfen – und das womöglich noch bei wachsender Bevölkerung. Oft fehlt den Menschen ein gesicherter Zugang zu Land, Wasser und Märkten. Oder aber schwache und korrupte Regierungen begünstigen die reichen Eliten oder große Agrar-, Erdöl- und Bergbaukonzerne zu Lasten der lokalen Bevölkerung. Zudem verdrängt der vielfach geförderte Umbau der Landwirtschaft von einer kleinbäuerlichen zu einer kommerziellen, großbetrieblichen Struktur die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die aber keine Beschäftigungsalternativen haben. Zudem wird die wirtschaftliche Situation der armen Länder von den reichen Ländern weiter beeinträchtigt, etwa durch unfaire Handelspolitik, die einseitig auf die Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern abzielt, durch Exportsubventionen in der Landwirtschaft, wodurch die lokalen oder regionalen Märkte in den armen Ländern zerstört werden, oder durch die Industrieflotten aus den reichen Ländern, die vor den Küsten der armen Länder die Meere leerfangen, und damit den Fischern mit ihren kleinen Booten die Einkommensgrundlage nehmen.

Wenn es den Menschen zunehmend unmöglich wird, aus dem Teufelskreis von Armut, schlechter Infrastruktur, mangelhafter Bildung, unzureichender Gesundheitsversorgung und fehlender politischer Teilhabe auszubrechen, sie dauerhaft kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften können, etwa in der Landwirtschaft oder in der Fischerei, oder Konflikte um knappe (oder knapper werdende) natürliche Ressourcen weiter zunehmen, bleibt vielen nichts übrig, als anderswo ihr Glück zu versuchen.

Migration ist seit jeher eine Überlebensstrategie vieler Menschen, etwa der ländlichen Bevölkerung in den trockenen Regionen Afrikas. Dabei kann es sich um jahrhundertealte Traditionen nomadisch lebender Menschen auf der Suche nach Weideflächen für das Vieh handeln. Oder aber Familien verbessern ihr Einkommen auch dadurch, dass einzelne Familienmitglieder vorübergehend oder saisonal in Städte, andere Regionen oder Nachbarländer mit besseren Arbeitsmöglichkeiten ziehen. Werden die Lebensbedingungen vor Ort aber immer schlechter, kann es zu dauerhafter Migration kommen (IOM 2008). Im Jahr 2013 lebten weltweit 232 Millionen Menschen außerhalb ihres Geburtslandes und jährlich wandern weitere 3,6 Millionen Menschen aus (UN DESA/OECD 2013). Die Anzahl derjenigen, die innerhalb ihres Landes umgesiedelt sind, lag im Jahr 2005 bei 763 Millionen (UN DESA 2013).

Neben der mehr oder weniger geplanten Migration von Menschen steht die eher überstürzte Flucht, oft um Leib und Leben zu retten. Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute. 2014 waren es rund 60 Millionen (UNHCR 2015). Völkerrechtlichen Status als „Flüchtlinge“ (gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951) und damit Anspruch auf Asyl besitzen aber ausschließlich Menschen, die ihr Heimatland wegen gezielter politischer, religiöser, sozialer oder ethnischer Verfolgung verlassen haben. Die weitaus größere Gruppe von Menschen, die sich vor Kriegen, Bürgerkriegen oder Naturkatastrophen in Sicherheit gebracht hat, genießt hingegen kein Recht auf Asyl, sondern ist auf die Bereitschaft der Regierungen angewiesen, ihnen Schutz und Unterstützung zu gewähren. Auch bleibt der größte Teil der weltweiten Flüchtlingsströme innerhalb des gleichen Landes. Von den oben genannten 60 Millionen Menschen waren 2014 rund 40 Millionen innerhalb der Landesgrenzen auf der Flucht. Auch Nachbarländer sind wichtige Anlaufpunkte für Migranten und Flüchtlinge. Der Libanon beispielsweise beherbergt 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge. Insgesamt bleiben 86 Prozent der globalen Flüchtlinge in Entwicklungsländern, während nur ein kleiner Teil die Industrieländer erreicht (UNHCR 2015).

BODENDEGRADATION – EINE WENIG BEACHTETE URSACHE FÜR MIGRATION

Fruchtbare Böden sind, neben der Verfügbarkeit von Wasser, die entscheidende Grundlage für die Produktion von Lebensmitteln. Die Bodendegradation etwa durch Erosion oder den Abbau der organischen Substanz, aber auch durch Wassermangel und Verlust der biologischen Vielfalt, nimmt weltweit dramatische Ausmaße an. In den letzten drei Jahrzehnten degradierten global 33 Prozent des Weidelands, 25 Prozent der Ackerböden und 23 Prozent der Waldflächen. Etwa 30 Prozent der globalen Landfläche, der Lebensraum von etwa 3,2 Milliarden Menschen, sind von signifikanter Bodendegradation betroffen. Arme Menschen sind besonders gefährdet, da sie am stärksten von natürlichen Ressourcen abhängig sind.

Die Bodendegradation von Acker- und Weidenflächen ist insbesondere in Afrika südlich der Sahara ein lebensbedrohendes Problem und schon jetzt mitverantwortlich für Migration. Nigeria, dessen Bevölkerung rasant wächst, ist ein Beispiel. Hier breitet sich die Wüste jedes Jahr um 3.500 Quadratkilometer aus, sodass die Bauern- und Nomadenfamilien um immer weniger fruchtbares Land konkurrieren. Vielen bleibt nur die Migration – in die Städte, in fruchtbarere Regionen oder in andere Länder (IOM 2008).

Wissenschaftler/innen warnen, dass die durch den Klimawandel weiter beförderte Bodendegradation ganze Landstriche verwüsten und im nächsten Jahrzehnt weltweit 50 Millionen Menschen zur Flucht veranlassen könnte (ELD 2015).

DER KLIMAWANDEL VERSCHÄRFT DIE TREIBER FÜR MIGRATION UND FLUCHT

Zu den ohnehin bestehenden Gründen, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen, kommt der Klimawandel verschärfend hinzu. Schätzungen zur Rolle des Klimawandels sind wegen der Komplexität des Zusammenspiels verschiedener Migrations- oder Fluchtursachen äußerst schwierig. Die Vorhersagen über das mögliche Ausmaß von Migration infolge des Klimawandels gehen daher weit auseinander – bis zum Jahr 2050 könnten zwischen 25 und 700 Millionen Menschen davon betroffen sein (micle 2012).

Einerseits zwingen Extremwetterereignisse wie Starkregenfälle, Überschwemmungen, Erdbeben oder Tropenstürme Menschen zu überstürzter Flucht. Andererseits untergraben die schleichenden Folgen des Klimawandels – steigende Temperaturen, sinkende bzw. veränderte Niederschlagsmuster, Erosion von Böden, Versalzung des Trinkwassers oder der steigende Meeresspiegel – langsam die Lebensgrundlagen der Menschen.

Wie verwundbar Menschen gegenüber den Folgen des Klimawandels sind, hängt nicht nur vom Ausmaß der Folgen, sondern von zahlreichen weiteren Faktoren ab, darunter Armut, fehlende Gesundheitssysteme, mangelnde politische Mitsprache und bestehende Spannungen oder Konflikte. Die gleichen Probleme, die Menschen also seit jeher oft zu Migration oder Flucht zwingen, machen sie auch anfälliger gegenüber den Folgen des Klimawandels, der diese Probleme seinerseits verstärkt.

„KLIMAFLÜCHTLINGE“: SCHWIERIGE BEGRIFFSFINDUNG

„Klimaflüchtlinge“ ist ein oft benutzter Begriff, der aber das Phänomen nicht richtig trifft, denn der Klimawandel ist oft nicht selbst Ursache, sondern verstärkt bestehende Stressfaktoren. Auch ist der Begriff „Flüchtling“ im internationalen Völkerrecht definiert und impliziert einen Schutzanspruch nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der für das Phänomen Klimawandel aber nicht greift. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) spricht daher von „Personen oder Personengruppen, die aufgrund plötzlicher oder sich fortschreitender deutlicher Veränderungen der ihr Leben beeinflussenden Umwelt- und Lebensbedingungen gezwungen sind oder sich veranlasst sehen, ihre Heimat zu verlassen, sei es zeitweise oder permanent, und die sich innerhalb ihres Heimatlandes oder über dessen Grenzen hinaus bewegen“ (IOM 2007).

Wichtig ist übrigens auch die Unterscheidung zwischen den Begriffen Migration und Flucht, die oft synonym verwendet werden, obwohl sie sich wesentlich unterscheiden:

- ▶ Migration ist ein Prozess, bei dem Menschen ihre Heimat geplant verlassen, etwa weil sich die ökonomischen, politischen oder ökologischen Bedingungen so verändert haben, dass die Lebensgrundlagen am Ort nicht (mehr) gesichert sind und kein Leben in Würde und frei von Armut möglich ist. Migration kann vorübergehend oder dauerhaft sein.
- ▶ Flucht hingegen wird durch plötzlich eintretende Schockereignisse ausgelöst, bei denen die Menschen ihre Heimat überstürzt verlassen müssen. Dies können ausbrechende Konflikte, insbesondere aber auch Naturkatastrophen sein. Wenn sich die Situation wieder normalisiert, kehren die meisten wieder zurück und versuchen, ihr Leben unter den oft erschwerten Bedingungen fortzuführen.

MEHR NATURKATASTROPHEN INFOLGE DES KLIMAWANDELS

Der Klimawandel verändert vielerorts die Niederschlagsmuster: Regenzeiten verkürzen sich, wobei es nicht unbedingt weniger regnet, sondern der Regen in extrem kurzer Zeit fallen kann und damit schwere Überschwemmungen herbeiführt. Es kommt dann auch vermehrt zu gefährlichen Erdrutschen und Schlammlawinen, wenn der Regen den Boden aufweicht. Je stärker die Klimaerwärmung voranschreitet, desto mehr werden in Zukunft vor allem in tropischen Gebieten Starkregenfälle zunehmen (IPCC 2012). In Lateinamerika wurde Bolivien Anfang 2014 nach lang anhaltenden Regenfällen von den schlimmsten Überschwemmungen seit 40 Jahren heimgesucht. Häuser, Brücken und Straßen wurden zerstört, das Vieh ertrank, die Landwirtschaft brach zusammen. 68.000 Familien mussten ihre Häuser verlassen. Die Katastrophe traf vor allem arme Bevölkerungsgruppen, die wegen ihrer Armut an gefährdeten, flachen Flussufern wohnten und auch nach der Katastrophe unter einer stark verschlechterten Versorgung mit Nahrungsmitteln litten (IOM/SciencesPo. 2014). Für die Zukunft machen Wissenschaftler/innen als besondere Hotspots für Starkregenfälle in Lateinamerika die Serra do Espinhaco in Brasilien, die Pampa in Argentinien und die pazifischen Küstenlinien Ekuadors, Perus und Kolumbiens aus, in denen Starkregenfälle auch durch das häufigere Auftreten von extremen El-Niño-Phänomenen begünstigt werden (Weltbank 2014a).

In Asien zeigt sich heute ebenfalls schon, wie anfällig die südasiatischen Flussdeltas gegenüber Überschwemmungen nach schweren Regenfällen sind, z. B. im Mekong-Flussdelta (Weltbank 2013). Bis zum Ende des Jahrhunderts sollen die jährlichen Niederschläge in der Region um bis zu 30 Prozent zunehmen, insbesondere in Form von Starkregenfällen, was vermehrt zu schweren Überschwemmungen führen kann, während gleichzeitig die trockenen Jahreszeiten trockener werden (Weltbank 2013).

Auch der Einfluss des Klimawandels auf das Auftreten bzw. die Stärke von Tropenstürmen wie Taifune, Hurrikane oder Zyklone stellt eine neue Bedrohung dar. In den letzten Jahren haben immer wieder katastrophale Stürme – darunter Taifun Haiyan auf den Philippinen 2013 oder

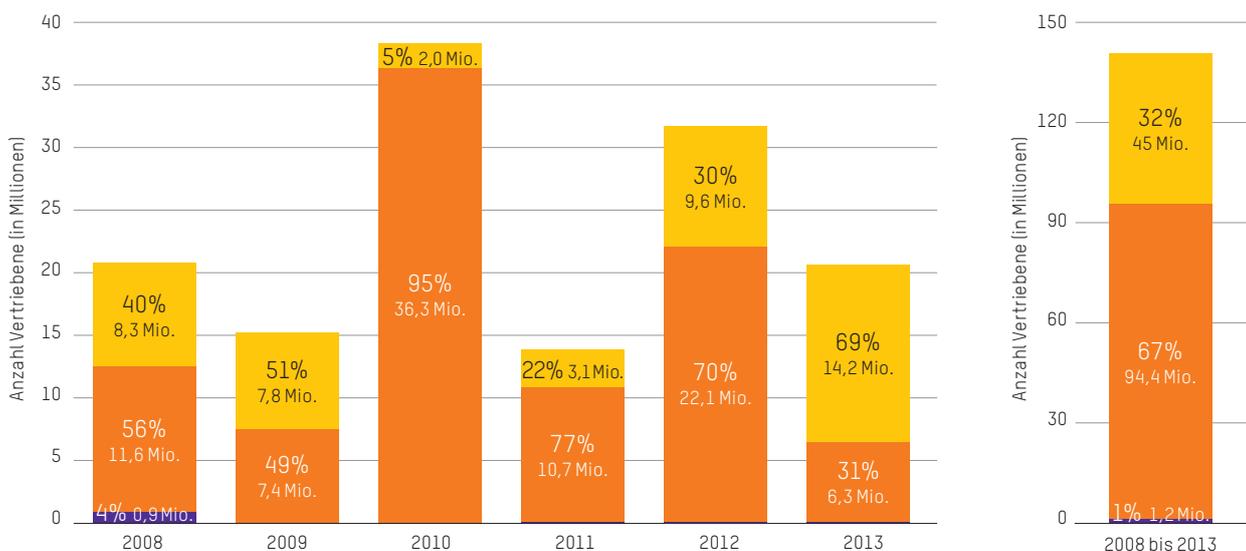
Zyklon Nargis in Myanmar 2008 – ganze Landstriche verwüstet und viele Todesopfer gefordert. Auch wenn man derzeit einzelne Stürme nicht direkt auf den Klimawandel zurückführen kann, so ist doch inzwischen unbestritten, dass die globale Erwärmung die begünstigenden Faktoren für das Auftreten extremer Stürme verstärkt – darunter etwa die steigenden Wassertemperaturen der Ozeane in den tropischen Breiten.

Wissenschaftler/innen halten es für wahrscheinlich, dass sich in Zukunft die Windgeschwindigkeiten von Stürmen durch den Klimawandel weiter erhöhen werden, die Stürme also mehr Zerstörungskraft entwickeln können (IPCC 2012). Die Weltbank schätzt, dass zum Beispiel Länder wie Myanmar, Vietnam, Thailand oder die Philippinen in Zukunft vielleicht nicht häufigeren, dafür aber heftigeren Tropenstürmen ausgesetzt sein könnten (Weltbank 2013). Ähnliches gilt für Lateinamerika: Während die Gesamtanzahl der Stürme unverändert bleibt oder vielleicht sogar zurückgehen könnte, könnte die Stärke der Stürme zunehmen. Bei einer globalen Klimaerwärmung von 2° Celsius sollen die stärksten nordatlantischen Tropenstürme (Kategorie 4 und 5) um etwa 40 Prozent zunehmen. Steigen die globalen Temperaturen auf 4° Celsius, liegt dieser Anstieg sogar bei 80 Prozent (Weltbank 2014a).

NATURKATASTROPHEN ZWINGEN MENSCHEN IN DIE FLUCHT

Überschwemmungen, Erdrutsche, Tropenstürme und andere Naturkatastrophen führen dazu, dass die Menschen in den betroffenen Regionen überstürzt fliehen müssen. Im Jahr 2013 betraf dies über 22 Millionen Menschen (NRC/IDMC 2014). Auf ihrer Flucht können die Menschen meist fast nichts mit sich nehmen, müssen oft in provisorischen Unterkünften untergebracht werden und sind dann auf Nothilfe angewiesen. So war es beispielsweise auch in Vietnam, das 2013 innerhalb von fünf Wochen drei Taifune erlebte. Kurz vorher und noch während der Stürme flohen die Menschen aus den betroffenen Gebieten, blieben aber zumeist im Land und kehrten zurück, sobald es die Umstände zuließen, d.h. nach wenigen Tagen bis einigen Wochen.

ANZAHL DER VERTRIEBENEN MENSCHEN DURCH WETTERBEDINGTE KATASTROPHEN (2008–2013)



Die Abbildung zeigt die Anzahl der Menschen, die in den Jahren 2008 bis 2013 durch wetterbedingte Katastrophen ihre Heimat verlassen mussten. Dabei wird nicht differenziert, welchen Einfluss der Klimawandel hatte. Überschwemmungen und Erdbeben stellen mit durchschnittlich 67 Prozent den größten Anteil dar, während Stürme mit 32 Prozent an zweiter Stelle stehen. Quelle: NRC/IDMC 2014

- Meteorologische Ereignisse (Stürme)
- Hydrologische Ereignisse (Überschwemmungen, regenbedingte Erdbeben)
- Klimatologische Ereignisse (extreme Temperaturen, Waldbrände)

Anschließend bauten sie ihre Häuser, Dörfer und die Landwirtschaft wieder auf (IOM/Sciences Po 2014).

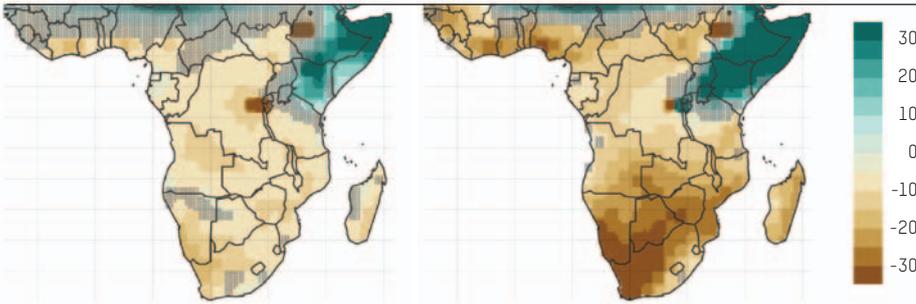
Gleichzeitig aber ließ sich auch ein nicht ungewöhnliches Muster temporärer Migration beobachten: Durch Katastrophen zerstörte Infrastruktur, vernichtete Ernten, verlorenes Vieh und der Verlust anderer Besitztümer führten dazu, dass Menschen vorübergehend in Städte oder benachbarte Gegenden zogen, um dort Einkommensmöglichkeiten zu suchen. Migration wird damit eine Art Anpassungsstrategie. In solchen Fällen übernehmen dann die Zurückgebliebenen (zumeist Frauen) zusätzliche Arbeit in Haus und Landwirtschaft (IOM/Sciences Po 2014). Auch andere Studien bestätigen, dass Naturkatastrophen meist zu eher temporärer Migration führen (UN ESCAP/EU/ILO/UNDP 2014). Da die Menschen aber durch die erlittenen Verluste und den Wiederaufbau (der die ohnehin meist knappen Rücklagen weiter aufzehrt) schlechter dastehen als vorher, sind ihre Lebensbedingungen beschwerlicher geworden. Das macht die Bevölkerung insgesamt verwundbarer für künftige Katastrophen, insbesondere, wenn sie in kürzer werdenden Abständen zuschlagen.

MUSTER DER KLIMABEDINGTEN MIGRATION IN PAKISTAN

Eine Studie aus dem Jahr 2014 zu Migrationsbewegungen in Pakistan hat über einen Zeitraum von 21 Jahren untersucht, wie unterschiedlich sich Starkregenfälle und Hitzewellen auf Migration auswirken. Katastrophale Regenfälle haben höchstens zu einer leichten Zunahme der vorübergehenden Migration geführt, etwa um Ernteaussfälle mit Arbeit in den Städten zu kompensieren. Im Gegensatz dazu führte extreme Hitze dazu, dass deutlich mehr Menschen (vor allem Männer) aus den Dörfern abwanderten. Traten Starkregenfälle und ungewöhnlich hohe Temperaturen in einem Jahr gleichzeitig auf, war die Wahrscheinlichkeit für Migration sogar elfmal so hoch wie in anderen Jahren.

Die Studie untersuchte auch den Effekt auf das Einkommen der Bauernfamilien als einer der Treiber von Migration. Dabei zeigte sich, dass Starkregenfälle das Einkommen nur wenig minderten, während hohe Temperaturen das Einkommen der Bauernfamilien um mehr als ein Drittel reduzierten und deswegen mehr Menschen zur Migration zwangen. Hinzu kommt, dass bei den Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Menschen der Fokus eher auf plötzlichen Unwetterkatastrophen liegt. So gibt es in Pakistan ein organisiertes Katastrophenhilfesystem, das bei Überschwemmungen greift, die das Land regelmäßig heimsuchen. Vergleichbare Mechanismen bei extremen Hitzewellen gibt es trotz ihrer verheerenden Auswirkungen nicht. So hat die Hitzewelle 2010, die die Weizenernte um 13 Prozent zurückgehen ließ, kaum internationale Hilfe oder ein Sicherungssystem mobilisiert (Friedman 2014, Mueller et al. 2014).

ZUNEHMENDE TROCKENHEIT IN AFRIKA BIS ENDE DES JAHRHUNDERTS



Die Karte Afrikas südlich der Sahara zeigt die Vorhersagen für die Veränderung in der durchschnittlichen regionalen Trockenheit im Zeitraum 2071–2099 im Vergleich zu 1951–1980 (links bei einer globalen Erwärmung von 2° Celsius, rechts bei 4° Celsius). Die braunen Bereiche zeigen eine Zunahme der Trockenheit, während in den blauen Bereichen die Trockenheit sinkt – hier aber kann es zu mehr Starkregen kommen, was ebenfalls die Landwirtschaft beeinträchtigen kann. Die grauen Flächen bedeuten, dass noch eine große Unsicherheit in den Prognosen vorliegt. Quelle: Weltbank 2013

ALLMÄHLICHE VERÄNDERUNGEN: MEHR TROCKENHEIT, GRÖßERE HITZE, WENIGER WASSER

Der Klimawandel bedeutet für große Teile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas eine Veränderung der Niederschlagsmuster. Mit fortschreitendem Klimawandel erwarten Wissenschaftler/innen, dass die Regenmengen sinken und mehr und extremere Dürren auftreten werden (IPCC 2014). Wenn sich, wie oben schon erwähnt, die Regenzeiten verkürzen und der Regen innerhalb von wenigen Tagen fällt, fließt ein Großteil des Wassers schnell ab und kann für die Landwirtschaft nicht genutzt werden (Weltbank 2013 und 2014a). Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Böden so degradiert sind, dass sie kaum Wasser aufnehmen und halten können. Die Veränderungen der Niederschläge haben gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft, denn weltweit wird 80 Prozent der Landwirtschaft im Regenfeldbau betrieben, in Afrika sogar 95 Prozent (WFP 2012).

Afrika südlich der Sahara ist bereits von der sich ausbreitenden Trockenheit betroffen. Seit 1950 haben große Teile der Region vermehrt unter Dürren gelitten. Für die Zukunft wird ein weiterer Rückgang der Niederschläge erwartet. Bei einer Erwärmung von 4° Celsius bis zum Jahr 2080 könnte es bis zu 40 Prozent weniger regnen als im Durchschnitt der Jahre 1951–1980. Bereits bei einem Temperaturanstieg um 1,5° Celsius bis 2030 könnten dann in Afrika 40 Prozent der gegenwärtigen Anbaugelände für Mais nicht mehr dafür geeignet sein. Ähnlich sieht es für das Getreide Sorghum im westlichen Sahel und im südlichen Afrika aus. Damit verlieren die Menschen wichtige Grundnahrungsmittel (Weltbank 2013).

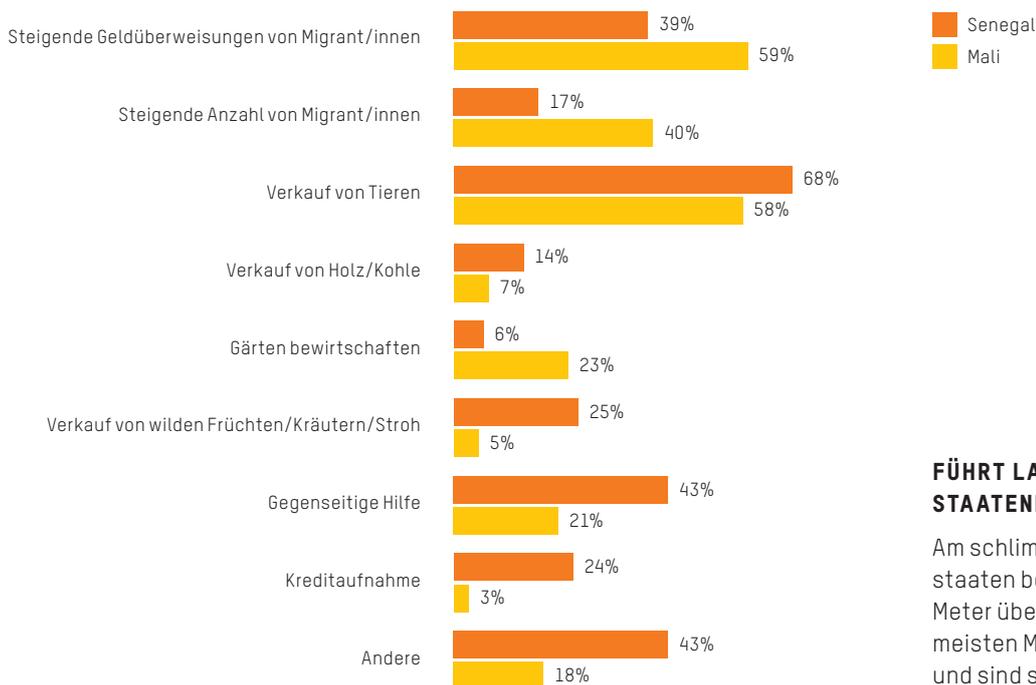
Auch der Nahe Osten hat in den Jahren 2006 bis 2010 unter der verheerendsten Dürre gelitten, die die gesamte Region seit Beginn der Wetteraufzeichnungen erlebt hat (Kelley et al. 2015). In dieser bereits heute sehr trockenen Region wird bei einer globalen Erwärmung von 2° Celsius ein Rückgang der Regenfälle von 20 bis 40 Prozent erwartet und ein möglicher Rückgang der Ernten um bis zu 30 Prozent. Sollte sich die Erde um 4° Celsius erwärmen, könnten sogar 60 Prozent weniger Regen fallen und die Ernten um ebenso viel sinken (Weltbank 2014a). Auch Menschen, die seit jeher nomadisch mit ihrem Vieh umherziehen, werden zunehmend in Bedrängnis geraten, weil sie ihr Vieh nicht mehr mit Wasser versorgen können und nicht mehr ausreichend Weideland finden.

Die Versorgung mit Wasser, ob als Trinkwasser oder für die Landwirtschaft, hängt aber nicht nur von den Niederschlägen ab. Wenn mit steigenden Temperaturen z.B. in Asien und Lateinamerika die Gletscher schrumpfen, führen die Schmelzflüsse langfristig weniger Wasser. Dabei sind viele Regionen von diesem Wasser extrem abhängig, und dies umso mehr, als dass mit steigenden Temperaturen auch die Verdunstung zunimmt (Weltbank 2013 und 2014a).

DER SCHLEICHENDE KLIMAWANDEL VERSTÄRKT MIGRATION

Im Gegensatz zu den plötzlich eintretenden Katastrophen, die die Menschen oft massenhaft zu überstürzter Flucht zwingen, wirken die schleichenden Veränderungen infolge des Klimawandels anders. Sie höhlen nach und nach die Lebensgrundlagen aus. Menschen verlieren ihre Ernten und ihre Anbauflächen, finden weniger Weideland für ihr Vieh. Auch zunehmend schwerere Naturkatastrophen, die in immer kürzeren Abständen auftreten, zehren an den Rücklagen der Menschen. Im Laufe der Zeit wird ein Auskommen immer schwieriger; die in Armut lebenden Menschen geraten durch die immer stärkeren Klimaveränderungen an den Rand ihrer Anpassungsfähigkeit. Irgendwann sind sie gezwungen, Migration als Überlebensstrategie zu wählen. Das ist heute schon z.B. im Sahel zu beobachten (micle 2014). Aber auch in Bangladesch und Pakistan hat sich gezeigt, dass mit zunehmender Hitze die Menschen vermehrt dauerhaft abwandern und nicht wie nach Katastrophen zurückkehren. Dabei wandern diejenigen, die kein Land besitzen, deutlich schneller ab (Mueller/Gray 2012, Mueller et al. 2014). Die bereits heute beobachteten Trends werden in Zukunft um ein Vielfaches verstärkt und womöglich in manchen Regionen zu Abwanderungsbewegungen in großem Maßstab führen, wenn ganze Landstriche durch den Klimawandel unbewohnbar werden.

STRATEGIEN FÜR DIE KOMPENSIERUNG VON ERNTEVERLUSTEN



Die Grafik gibt das Ergebnis einer Befragung im Senegal und in Mali wieder (mehrere Antworten möglich). Sie illustriert, welche Rolle auch Migration spielt, um in diesen Ländern Ernteverluste auszugleichen, wie sie der Klimawandel in Zukunft verstärken wird. Quelle: micle 2012

MIT STEIGENDEM MEERESSPIEGEL VERLIEREN MENSCHEN IHR LAND

Zu den schleichenden Veränderungen gehört auch der Anstieg des Meeresspiegels. Jüngsten Schätzungen zufolge wird dieser Anstieg bei etwa 55 cm (bei 2° Celsius Erwärmung) bis 82 cm (bei 4° Celsius Erwärmung) bis zum Ende des Jahrhunderts liegen (IPCC 2014). Neueren Untersuchungen zufolge könnte er aber auch bis zu 130 cm betragen (Mengel et al. 2016). Die Gründe dafür sind das Abschmelzen der Eisschilde Grönlands und der Antarktis sowie der Gletscher, außerdem die thermische Ausdehnung der Ozeane. Der Meeresspiegel steigt aber nicht überall gleich stark an. Für Südostasien wird beispielsweise mit einem 10 bis 15 Prozent höheren Anstieg gerechnet als im globalen Mittel.

In Kombination mit intensiveren Tropenstürmen nehmen auch schwere Überschwemmungen zu. Dann ist das Land vielleicht (noch) nicht dauerhaft ans Meer verloren, aber einer langsamen Versalzung der Böden und des Grundwassers ausgesetzt. Im Mangrovegebiet der Sundarbans

in Indien und Bangladesch ist in manchen Gebieten der Versalzungsgrad bereits heute so hoch, dass das Grundwasser nicht mehr für die Landwirtschaft genutzt werden kann (Weltbank 2014b).

Der Anstieg des Meeresspiegels droht natürlich auch, flache Küstenregionen, aber auch ganze Inseln, dauerhaft zu überspülen (Weltbank 2013). Zwar lassen sich Küsten bis zu einem gewissen Grad mit Deichen schützen, aber in vielen Ländern fehlt dafür das Geld. Mit dem aktuellen Trend einer Erwärmung um 3° Celsius könnten insgesamt 72 Millionen Menschen zum Ende des Jahrhunderts allein durch den Meeresspiegelanstieg vertrieben werden (IPCC 2014).

FÜHRT LANDVERLUST ZU STAATENLOSIGKEIT?

Am schlimmsten sind die kleinen Inselstaaten betroffen, die oft nur wenige Meter über dem Meeresspiegel liegen. Die meisten Menschen leben nahe der Küste und sind somit direkt von Landverlust und Küstenerosion bedroht. Für sie stellt sich die Frage, wohin sie ziehen sollen, wenn ihr Land buchstäblich in den Fluten versinkt. Besonders trifft das die Länder, deren gesamtes Staatsgebiet (bzw. deren bewohnbarer Teil) vom Meeresspiegelanstieg bedroht ist. In vielen Fällen findet Umsiedelung bereits statt, wie z.B. von Kiribati nach Fiji. Abgesehen davon, dass die Menschen ihre Heimat verlieren, müssen sie zudem ihre kulturellen Gepflogenheiten in einen anderen Kontext integrieren, sich neue Arbeitsmöglichkeiten suchen und Lebensgrundlagen aufbauen. Oftmals sind sie am neuen Ort gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung benachteiligt oder verfügen über keine gesicherten Bürgerrechte, insbesondere wenn sie sich in einem anderen Land niederlassen müssen (UN ESCAP/EU/ILO/UNDP 2014).

Langfristig stellen sich außerdem völkerrechtliche Fragen. Was bedeutet ein Kompletter Verlust für die betroffenen Inselstaaten? Werden ihre Bürger/innen staatenlos? Verlieren sie ihren Sitz in der UN-Vollversammlung? Bleiben Rechte an Fischereigebieten und natürlichen Rohstoffen bestehen? Und was passiert, wenn die gesamte Bevölkerung schon vor dem Untergehen das Land verlassen muss, weil es nicht mehr bewohnbar ist (McAdams 2010)? Zu derartigen Fragen ist die Diskussion noch sehr am Anfang und bislang ohne brauchbare Antworten.

HILFSMASSNAHMEN REICHEN OFT NICHT

Die Schutzmaßnahmen für Menschen, die durch die Folgen des Klimawandels zur Aufgabe ihrer Heimat gezwungen werden, reichen bei weitem nicht aus. Für Naturkatastrophen gibt es zwar in vielen Ländern inzwischen Katastrophenschutzsysteme, die bei Überschwemmungen und Stürmen greifen. Auch in den internationalen Medien finden diese Katastrophen meist ein Echo, sodass Hilfsorganisationen schnell Gelder mobilisieren können. Obwohl die Mittel oft nicht ausreichen, kann den Betroffenen in vielen Ländern während und direkt nach der Katastrophe mit Hilfslieferungen und logistischer Unterstützung einigermaßen geholfen werden. So können sie meist auch nach der Katastrophe wieder zurückkehren (Mueller/Gray 2012, Mueller et al. 2014). Allerdings verfliegt die Aufmerksamkeit nach der Katastrophe auch schnell wieder. Der langfristige Wiederaufbau geschieht oft mit viel weniger Unterstützung, als nötig wäre.

Im Gegensatz zu Naturkatastrophen finden die langsamen Veränderungen viel weniger Beachtung in den Medien, und betroffene Länder erhalten weniger internationale Hilfe. Auch die staatlichen Strukturen in den betroffenen Ländern sind oft zu schwach, um rechtzeitig und in ausreichendem Umfang Maßnahmen zu organisieren. Auf die Dürre in Ostafrika im Jahr 2011 – Folge mehrerer ausbleibender Regenfälle – wurde viel zu spät reagiert und außerdem viel zu wenig Hilfe mobilisiert. Während die staatlichen Akteure in Äthiopien dabei noch relativ schnell aktiv wurden, waren die Frühwarnsysteme in Kenia so schwerfällig, dass sie mit der Entwicklung der Dürren nicht mithalten konnten und Hilfe erst kam, als sich die Hungersnot bereits ausgebreitet hatte (Oxfam 2014).

FOLGEN VON MIGRATION UND FLUCHT

Migrations- und Fluchtbewegungen bringen auch ohne den Klimawandel schon zahlreiche Herausforderungen mit sich. Die Abwanderung von Menschen aus den ländlichen Gebieten in die Städte führt zu einem schnelleren Anwachsen der Städte und Slums und schafft dort neue Probleme, etwa weil die vorhandene Infrastruktur überfordert ist. Die Menschen sind zudem oft mit kultureller Entwurzelung konfrontiert, haben das gewohnte soziale Umfeld zurückgelassen und stehen nun vor neuen ökonomischen Problemen und der Notwendigkeit, sich am neuen Ort Einkommensmöglichkeiten und Lebensgrundlagen wieder aufzubauen. Oft führt Migration noch tiefer in die Armut (IOM 2008). Dabei sind die, die emigrieren können, oft diejenigen, die noch relativ gut über Geld, Bildung oder Netzwerke (am neuen Ort) verfügen. Zurück bleiben dann diejenigen, die schlicht nicht wegkönnen, weil ihnen dazu die Mittel fehlen.

Migration beeinträchtigt zudem auch die Gesundheit. So sind die Menschen meist auf langen und gefährlichen Wegen mit nur wenig zu essen und zu trinken und unter hoher körperlicher Belastung unterwegs. Menschen auf der Flucht leiden zudem vielfach unter Gewalt und Traumata. Frauen und Mädchen sind besonderen Gefahren ausgesetzt, da sie schutzloser gegenüber Vergewaltigungen und dem Zugriff von Schlepperbanden sind (IOM 2013). Auch am Zielort kann es zu neuen gesundheitlichen Problemen kommen. In Brasilien wurde festgestellt, dass das periodisch verstärkte Auftreten der durch Mücken übertragenen Leishmaniose zu den Migrationsmustern der ländlichen Bevölkerung passt, die in Folge von Dürren in die Städte zieht (IOM 2008).

Migration verschärft oder erzeugt oft auch Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die vorher räumlich getrennt voneinander gelebt haben. Gerade wenn es dabei eine starke Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Wasser oder Land gibt, können Konflikte eskalieren. Das ist besonders bei großer Armut, schwelenden Konflikten, vergleichsweise leichtem Zugang zu Waffen und bei schwachen Regierungsstrukturen der Fall. Konfliktpotenzial entsteht ebenfalls, wenn Menschen, die nach einer Katastrophe in ihre Heimat zurückkehren, auf andere treffen, die sich dort zwischenzeitlich angesiedelt haben (IOM 2008).

INTERNATIONALE SCHUTZINSTRUMENTE DECKEN DEN KLIMAWANDEL NICHT AB

Derzeit gibt es kaum internationale Instrumente bzw. Abkommen zum Schutz von Menschen, die der Klimawandel zu Migration oder Flucht zwingt. Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) betrifft nur Menschen, die aufgrund von politischer, ethnischer, religiöser oder sozialer Verfolgung in andere Länder geflohen sind. Das in Artikel 16a des Grundgesetzes verankerte deutsche Asylrecht hat diese Kriterien übernommen. Kriegerische Auseinandersetzungen (jenseits der durch die GFK beschriebenen individuellen Verfolgungsgründe), Naturkatastrophen und auch der Klimawandel sind hingegen nicht als Fluchtgrund anerkannt, auf den sich Menschen berufen könnten. Auch andere Konventionen und Verträge bieten nur wenig Schutz. Die Kampala-Konvention (ein Vertrag zwischen afrikanischen Staaten) führt zwar Naturkatastrophen als Fluchtgrund auf, gilt aber nur für Binnenvertriebene, also Menschen, die keine Landesgrenze überschreiten.

Derzeit versuchen einige Länder, darunter Deutschland, in der Nansen-Initiative, die Bedürfnisse von Menschen auszuloten, die von Naturkatastrophen zur Flucht ins Ausland veranlasst werden. Dabei sollen auch Vorschläge entwickelt werden, wie sich ihr rechtlicher Schutz verbessern lässt. Allerdings liegt der Fokus dieser Initiative auf katastrophengebinder und grenzüberschreitender Migration. Das ist ein Anfang, doch zielt die Initiative damit nicht auf die große Mehrheit jener Menschen ab, die aufgrund der allmählichen Veränderungen ihre Heimat verlassen müssen und dabei innerhalb der Landesgrenzen bleiben.

BLEIBERECHT WEGEN KLIMAWANDEL?

Wie schwierig die Zuordnung der Rolle des Klimawandels im jeweiligen konkreten Migrationsfall ist, zeigen jüngere Beispiele von Menschen, die aus den vom Untergehen bedrohten kleinen Inselstaaten des Pazifiks nach Neuseeland umgesiedelt sind. Während eine Familie aus Kiribati mit ihrem Antrag auf Bleiberecht aufgrund von Klimawandelfolgen gescheitert ist, hat in einem anderen Fall ein neuseeländisches Gericht einer Familie aus Vanuatu im Jahr 2014 ein Bleiberecht eingeräumt. Begründet wurde dies unter anderem mit der Bedrohung durch Klimawandel und Naturkatastrophen in ihrer Heimat (Wirsching 2014).

WAS ZU TUN IST: KLIMAWANDEL BEKÄMPFEN, ARME LÄNDER UNTERSTÜTZEN!

Klimaschutz ist eine Voraussetzung für eine Welt ohne Armut und Hunger. Um die schlimmsten Folgen der globalen Erwärmung in den Entwicklungsländern noch zu verhindern und damit die Ursachen von Migration und Flucht anzugehen, muss der Klimawandel soweit wie möglich begrenzt werden. Dafür muss der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase deutlich abgesenkt werden – auf nahezu Null in den kommenden Jahrzehnten. Das erfordert eine Transformation unserer Wirtschafts- und Energiesysteme mit drastisch erhöhter Energieeffizienz und einem Umstieg von fossilen Energieträgern wie Kohle zu den erneuerbaren Energien. Die reichen Länder, die nach wie vor Hauptverursacher des Klimawandels sind, haben hier eine besondere Verantwortung.

Doch auch ehrgeiziger Klimaschutz wird den Klimawandel nur begrenzen und nicht mehr aufhalten. Schon jetzt müssen sich die Menschen in Entwicklungsländern an die Folgen des Klimawandels anpassen, um ihre Lebensgrundlagen abzusichern. Dafür brauchen die armen Länder mehr und bessere Unterstützung, etwa bei der Nahrungsmittelproduktion oder der Wasserversorgung, aber auch zum Schutz vor kommenden Katastrophen. Der Fokus muss hier auf den verwundbarsten Bevölkerungsgruppen und insbesondere auf marginalisierten und benachteiligten Gruppen liegen. Maßnahmen müssen dabei das Ziel verfolgen, die Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels zu stärken, damit sie gar nicht erst in die Migration gezwungen werden.

SCHUTZSYSTEME FÜR KLIMAWANDELFOLGEN AUFBAUEN

Kommt es aber doch zu Migration oder Flucht infolge des Klimawandels, ob zeitweilig oder auf Dauer, ob fluchtartig bei Katastrophen oder geplant wegen der allmählichen Veränderungen, brauchen die Menschen nationalen und internationalen Schutz und Unterstützung. Je nach Region und möglichen Folgen braucht es dafür unterschiedliche Ansätze.

Die aufgrund des Klimawandels zunehmenden Katastrophen stellen wachsende Herausforderungen an das internationale System der humanitären Hilfe, das auch ohne Klimawandel mit den gegenwärtigen Krisen schon an seine Grenzen stößt. Auch lange nach einer Katastrophe brauchen die Menschen Unterstützung – für den Wiederaufbau, wenn sie wieder in ihre Heimat zurückkehren, sowie für den langfristigen Schutz vor künftigen Katastrophen. Dabei muss Katastrophenvorsorge Hand in Hand mit langfristiger Anpassung an den Klimawandel gedacht und mit den Betroffenen gemeinsam geplant werden. Sie kennen die spezifischen Risiken vor Ort am besten, verfügen über einen großen Erfahrungsschatz im Umgang mit Katastrophen und wissen, wer welchen Beitrag leisten kann.

Wenn Menschen durch die schleichenden Veränderungen ihre Lebensgrundlagen vor Ort nicht mehr sichern können, müssen sie in die Lage versetzt (und dabei ausreichend unterstützt) werden, Migration als Form der Anpassung zu wählen. Auch müssen sie diese so vollziehen können, dass damit eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erreicht wird und die Menschen nicht (weiter) in die Armut abrutschen oder neue Konflikte mit bereits ansässigen Bevölkerungsgruppen entstehen. Zu all dem gehört nicht nur Unterstützung zum Aufbau neuer Lebensgrundlagen im neuen Umfeld, sondern auch Hilfe zur Bewahrung von Kultur und Traditionen der entwurzelten Menschen.

Schließlich wird die internationale Staatengemeinschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen neue Instrumente entwickeln oder bestehende Instrumente erweitern müssen, um die Rechte der vom Klimawandel vertriebenen Menschen zu schützen und die Menschen in der Wahrnehmung dieser Rechte zu unterstützen. Zwar gilt es als wenig wünschenswert, etwa die Genfer Flüchtlingskonvention zu verändern (weil das Begehrlichkeiten wecken würde, die jetzigen Bestimmungen der Konvention insgesamt zu schwächen). Denkbar aber wäre eine Zusatzvereinbarung zur UN-Klimarahmenkonvention oder ein anderes völkerrechtliches Abkommen, das dann auch Antworten liefern könnte, wie mit Situationen umzugehen sein wird, wenn etwa ganze Inselstaaten wegen des Klimawandels im Meer verschwinden.

OXFAMS FORDERUNGEN AN DIE BUNDES- REGIERUNG

Eine global gerechte Bewältigung des Klimawandels erfordert ein deutlich stärkeres Engagement insbesondere der reichen Länder. Von der Bundesregierung fordert Oxfam daher:

- ➔ Jedes Land muss fair zum globalen Klimaschutz beitragen. Deutschland muss seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent reduzieren. Das bestehende Ziel, bis 2020 die Emissionen um 40 Prozent abzusenken, muss unbedingt erreicht werden.
- ➔ Wir müssen weg von Kohle und anderen fossilen Energieträgern und konsequent auf die erneuerbaren Energien umsteigen. Innerhalb der nächsten 20 Jahre muss in Deutschland der vollständige Ausstieg aus der Kohle vollzogen werden. Die Bundesregierung muss zudem die Unterstützung durch Exportkredite oder Bürgschaften für den Bau von Kohlekraftwerken im Ausland unbedingt beenden und stattdessen deutlich stärker den Ausbau der erneuerbaren Energien in den armen Ländern fördern.
- ➔ Deutschland muss die armen Länder stärker bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen, etwa in den Bereichen Wasserversorgung, Katastrophenvorsorge und der Ernährungssicherung. Vor allem kleinbäuerliche Produktionsformen müssen unterstützt werden, um die Widerstandsfähigkeit der Menschen, insbesondere von Frauen, mithilfe von agrar-ökologischen Anbauverfahren und angepassten, traditionellen Sorten zu stärken. Der fortschreitenden Bodendegradation muss weltweit entschlossen entgegengewirkt werden.
- ➔ Deutschland muss die Menschen in den armen Ländern auch bei der Umsetzung von Migration als Anpassungsstrategie unterstützen und sich für geeignete Schutzinstrumente einsetzen, um den rechtlichen Status und ableitbare Rechte und Schutzansprüche von Menschen zu stärken, die wegen des Klimawandels zu Flucht oder Migration gezwungen werden.

Literatur

- ELD (2015): The Value of Land.
- Friedman (2014): NATIONS: Heat stress, not flooding, drives most climate migrants – study, ClimateWire.
- Gray/Mueller (2012): Natural disasters and population mobility in Bangladesh.
- IOM/SciencesPo. (2014): The State of Environmental Migration 2014, A Review of 2013.
- IOM (2013): International Migration, Health and Human Rights.
- IOM (2008): Migration and climate change, IOM Migration Research Series No.31, Switzerland
- IOM (2007): Discussion note: migration and the environment.
- IPCC (2014): Climate Change 2014, Synthesis Report, Summary for Policymakers.
- IPCC (2012): Managing the risks of extreme events and disasters to advance climate change adaptation, Special Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.
- Kelley et al. (2015): Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought.
- McAdams (2010): 'Disappearing States', Statelessness and the Boundaries of International Law.
- Mengel et al. (2016): Future sea level rise constrained by observations and long-term commitment.
- micle (2014): Social-ecological conditions of migration in the Sahel, micle Policy Paper.
- micle (2012): Climate Change, Environment and Migration in the Sahel, Selected Issues with a Focus on Senegal and Mali, micle working paper no. 1.
- Mueller et al. (2014): Heat stress increases long-term human migration in rural Pakistan.
- NRC/IDMC (2014): Global Estimates 2014, People displaced by disasters.
- Oxfam (2014): A sign of things to come? Examining four major climate-related disasters, 2010–2013, and their impact on food security, A preliminary study for Oxfam's GROW Campaign.
- UN ESCAP/EU/ILO/UNDP (2014): Climate Change and Migration Issues in the Pacific.
- UN DESA (2013): Cross-national comparisons of internal migration: An update on global patterns and trends, Technical Paper No. 2013/1.
- UN DESA/OECD 2013: World Migration in Figures, A joint contribution by UN-DESA and the OECD to the United Nations High-Level Dialogue on Migration and Development, 3–4 October 2013.
- UNHCR (2015): World at War, Global Trends, Forced Displacement in 2014.
- UNU (2015): World loses trillions of dollars worth of nature's benefits each year due to land degradation.
- Weltbank (2014a): Turn down the heat, Confronting the new climate normal.
- Weltbank (2014b): Building resilience for sustainable development of the Sundarbans, Strategy Report.
- Weltbank (2013): Turn down the heat, Climate extremes, regional impacts, and the case for resilience.
- WFP (2012): Climate impacts in food security and nutrition, A review of existing knowledge.
- Wirsching (2014): Humanitäres Bleiberecht aufgrund von Klimawandelfolgen – eine Familie aus Tuvalu kann in Neuseeland bleiben.



© Eleanor Farmer / Oxfam

„All meine Kokosnussbäume wurden zerstört, ich habe kein Einkommen mehr.“

Roselito Mercado lebt mit seiner Frau und seiner achtjährigen Tochter auf den Philippinen. Vor dem verheerenden Taifun Haiyan, der 2013 über die Philippinen hereinbrach, war er Hersteller von Kokosnusswein. Doch der Taifun zerstörte weite Teile der Kokosnussfarmen des Landes und auch die von Roselito Mercados Familie.

SIE MÖCHTEN OXFAMS ARBEIT FINANZIELL UNTERSTÜTZEN?

Spendenkonto: 80 90 500
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 370 205 00
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
BIC: BFSWDE33XXX
Stichwort: KAMPAGNEN



Impressum

Herausgeber:
Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: 030 - 45 30 69 0
Fax: 030 - 45 30 69 401
E-Mail: info@oxfam.de

V.i.S.d.P.: Marion Lieser
Text: Christine Lottje
Redaktion: Jan Kowalzig, Robert Lindner,
Bastian Neuwirth

Gestaltung: Ole Kaleschke | olekaleschke.de

März 2016

Diese Broschüre wurde mit umweltfreundlicher Technik produziert und gedruckt auf mit dem Blauen Engel ausgezeichneten Recyclingpapier aus 100% Altpapier.

WWW.OXFAM.DE

Dieses Projekt wurde gefördert von:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Die Verantwortung für den
Inhalt dieser Veröffentlichung
liegt bei den Autorinnen.

